Deutscher Bundestag **Drucksache 18/7039**

18. Wahlperiode 15.12.2015

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, Frank Tempel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Fluchtursachen bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Weltweit sind knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. In den letzten Jahren stieg die Zahl nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) so rasant an wie noch nie seit Beginn der Erfassung. Auch die Zahl der Flüchtenden, die in Europa ankommen, ist stark angestiegen. Die Flüchtlinge in Europa bilden jedoch nur einen relativ kleinen Teil der globalen Fluchtbewegungen.

Allein der Krieg in Syrien hat 11,5 Millionen Menschen in die Flucht getrieben, davon sind 7,6 Millionen innerhalb von Syrien und 3,9 Millionen ins Ausland geflohen. Im Nachbarland Irak, wo, ausgelöst durch die US-geführten Invasionen von 1991 und 2003, ein Bürgerkrieg von wechselnder Intensität stattfindet, in dem der terroristische „Islamische Staat" (IS) seinen Ursprung hat, leben neben den Flüchtlingen aus Syrien noch 3,6 Millionen Binnenvertriebe. Im Jemen, wo Saudi-Arabien in einer Allianz mit weiteren arabischen Staaten Krieg führt, sind 2,3 Millionen Menschen auf der Flucht. In Libyen sind 300.000 Menschen auf der Flucht vor dem gewalttätigen Chaos, das dem internationalen Militäreinsatz im Jahr 2011 folgte. Mehr als eine Million Afghaninnen und Afghanen leben als Flüchtlinge in Pakistan. Der UNHCR weist darüber hinaus auf die zahlreichen Konflikte in Afrika, wie zum Beispiel in der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, in Somalia, Nigeria oder der Demokratischen Republik Kongo, hin. Auch dort haben sich immense Fluchtbewegungen in Gang gesetzt. Insgesamt gibt es in Afrika südlich der Sahara 11,4 Millionen Binnen- und 3,7 Millionen internationale Flüchtlinge.

2. Der Blick in die Herkunftsländer der Flüchtenden macht deutlich, dass die westlichen Staaten, darunter Deutschland, einen beträchtlichen Teil der Verantwortung dafür tragen, dass Menschen fliehen müssen. Unter der Führung der USA wurden ganze Regionen destabilisiert: Der „Krieg gegen den Terror" hat seit 2001 vielen Menschen das Leben gekostet und noch mehr Menschen heimatlos gemacht. Den Terror effektiv bekämpft hat er nicht. Im Gegenteil: Noch nie hat es so viele Terroropfer gegeben wie mehr als ein Jahrzehnt nach Beginn des „Kriegs gegen den Terror".

Die Politik des Regime-Change, des von außen aufgezwungenen Sturzes auch von Diktaturen, etwa im Irak oder in Libyen, hat die betreffenden Länder in heilloses Chaos gestürzt. Auch in Syrien haben ausländische Interessen ihren Anteil an der Eskalation des Krieges. Im Umfeld des Zusammenbruchs von Staaten gedeihen im Nahen und Mittleren Osten islamistische Ideologien und finden Terrororganisationen Zulauf. Deutschland beteiligt sich am Militäreinsatz in Afghanistan, unterstützt die US-Drohnenangriffe in Pakistan und im Jemen stillschweigend logistisch, trägt die Regime-Change-Politik z. B. gegenüber Syrien mit und kooperiert weiterhin militärisch und wirtschaftlich mit Ländern wie der Türkei oder Saudi-Arabien, beliefert sie sogar mit Waffen, obwohl bekannt ist, dass sie terroristische beziehungsweise islamistische Gruppen im syrischen Bürgerkrieg unterstützen und ausrüsten. Insofern muss sich auch die deutsche Außenpolitik grundlegend ändern, wenn Fluchtursachen nachhaltig bekämpft werden sollen.

3. Nicht nur direkte, auch strukturelle Gewalt kann Menschen in die Flucht treiben. Die Europäische Union (EU) treibt weltweit Freihandelsabkommen voran, die die Profite europäischer Konzerne erhöhen sollen und die sowohl zulasten der Lohnabhängigen und der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch der kleinen Produzentinnen und Produzenten, insbesondere in den Ländern des Südens, gehen. Das geplante Abkommen TTIP zwischen der EU und den USA wird negative Auswirkungen auch auf Länder haben, die vertraglich zwar nicht beteiligt sind, die aber Absatzmärkte in der EU bzw. den USA verlieren und damit wirtschaftlich erpressbar werden. Noch direkter wirken die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die sogenannten EPA, zwischen der EU und afrikanischen Staaten. Auch diese Abkommen folgen der verheerenden Ideologie des Freihandels. Das Produktivitätsgefälle zwischen der EU und den afrikanischen Volkswirtschaften und die fortbestehenden EU-Agrarsubventionen werden unweigerlich dazu führen, dass vor allem kleinbäuerliche Existenzen in Afrika zerstört werden. Die ehemalige Kulturministerin Malis, Aminata Traoré, spricht in diesem Zusammenhang von den „Massenvernichtungswaffen" Europas. Eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung bleibt damit unmöglich. Die wirtschaftliche Abhängigkeit wächst und verstärkt gleichzeitig auch den Migrationsdruck. Auch Fischer, deren Fanggebiete von Trawlern aus der EU leergefischt werden, und Kleinbauern, deren Produkte auf den lokalen Märkten nicht mit Billigimporten aus der EU konkurrieren können, befinden sich unter den Flüchtenden oder werden, in Ermangelung anderer Einnahmequellen, selbst zu Schleppern.

4. Der um ein Vielfaches größere Energie- und Rohstoffverbrauch in den Industriestaaten, verbunden mit entsprechenden Emissionen klimaschädlicher Gase, lässt die ökologische Schuld des Nordens weiter anwachsen. Unter dem Klimawandel leiden v. a. die Menschen im Süden, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und Umweltzerstörung gefährden die Lebensgrundlagen in vielen Ländern und schaffen so Fluchtursachen. Billige Palmöl- und Sojaöl-Importe aus Asien und Südamerika heizen den Kampf um fruchtbares Land an. Millionen Hektar Landfläche sind vom sogenannten Land-grabbing betroffen. Das bedeutet, dass lokale Kleinbäuerinnen und Kleinbauern vertrieben und große Flächen Land verkauft oder für viele Jahre an Konzerne verpachtet werden, die unter anderem Agrarrohstoffe für den Export von „Biodiesel" in die EU anbauen. Durch hohe Beimischungsquoten in der EU wird dieses Geschäft weiter angeheizt. Auch Deutschland treibt zusammen mit der G7-New Alliance, der Gates-Stiftung und zahlreichen Agrarkonzernen wie Monsanto, Bayer und BASF eine Industrialisierung der Landwirtschaft, insbesondere in Afrika, voran. Diese sogenannte zweite Grüne Revolution wird zu einem weiteren Exodus aus dem ländlichen Raum führen, ohne dass für die freigesetzten Arbeitskräfte andere Erwerbsmöglichkeiten existieren.

5. Migration kann ein wichtiger Bestandteil von wirtschaftlicher Entwicklung sein. Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Valletta, Malta, zu Migrationsfragen haben die afri-

kanischen Staatschefs auf diesen Zusammenhang hingewiesen und legale Möglichkeiten zur Migration in die EU gefordert. Ihre Länder sind auf Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten und den Austausch von Know-how angewiesen. Die EU wollte sich auf Quoten für die legale Einreise in die EU nicht einlassen und setzte stattdessen eine Agenda durch, die die afrikanischen Staaten dazu verpflichtet, in der Eindämmung von Flucht und Migration und bei der Rückführung von Geflüchteten zu kooperieren. Diese Politik wird aber nicht zu weniger, sondern zu mehr Flucht führen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– deutsche Rüstungsexporte sofort zu stoppen;
– sich nicht länger an Regime-Change-Strategien und NATO-Militärinterventionen zu beteiligen;
– den USA nicht weiter zu erlauben, auf deutschem Boden Flughäfen und militärische Einrichtungen zur Führung ihrer Kriege und weltweiten Drohneneinsätze zu unterhalten;
– ihre Außenpolitik auf eine aktive Friedenspolitik zu orientieren, die nicht weiter auf völkerrechtswidrige Regime-Changes und die Destabilisierung von Staaten mittels Sanktionen, die die Bevölkerung treffen, setzt, sondern die Mittel der zivilen Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung verstärkt zum Einsatz bringt;
– insbesondere den Zivilen Friedensdienst weiter auszubauen, indem die Mittel dafür sofort verdoppelt und perspektivisch auf 100 Millionen Euro jährlich angehoben werden, sowie ein Sonderprogramm für besonders von regionalen Fluchtbewegungen betroffene Länder wie Libanon und Jordanien aufzulegen;
– innerhalb der EU sich gegen Mandate für neoliberale Freihandelsabkommen auszusprechen und Verhandlungen über weitere Abkommen wie z. B. TTIP und TISA zu stoppen;
– sich auf europäischer Ebene für einen Stopp des Ratifizierungsprozesses der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten einzusetzen;
– das Recht auf Nahrung als zentralen Eckpfeiler der internationalen Politik zu etablieren und die Ernährungssouveränität der Staaten des Südens zu stärken, indem diese das Recht erhalten, ihre heimischen Nahrungsmittel- und Saatgutmärkte vor Importen zu schützen;
– in den Ländern des Südens keine Industrialisierung der Landwirtschaft im Sinne der globalen Agrarkonzerne zu forcieren und in diesem Zusammenhang etwa die Mitgliedschaft bei der G7-New Alliance für Ernährungssicherung in Afrika zu beenden;
– sich für ein Verbot von Nahrungsmittelspekulation einzusetzen;
– sich für ein EU-Importverbot von Biomasse aus Drittstaaten, welche insbesondere für die Agrartreibstoffproduktion genutzt wird, einzusetzen und zudem auf eine rasche Reduzierung der Futtermittelimporte hinzuwirken;
– wirksame Maßnahmen gegen deutsche Unternehmen und Konzerne einzuleiten, die sich an Landraub beteiligen oder durch Raubbau an natürlichen Ressourcen die Existenzgrundlage lokaler und regionaler Ökonomien zerstören, insbesondere die Einführung eines Unternehmensstrafrechts;
– sich bei den Vereinten Nationen für eine zwischenstaatliche VN- Institution einzusetzen, die Steuervermeidung und Steuerflucht der multinationalen Konzerne bekämpft;
– die selbst auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen;

- die deutschen Beiträge an das Welternährungsprogramm, an den UNHCR und an das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen deutlich zu erhöhen.

Berlin, den 15. Dezember 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333